

Christine Stelzer-Orthofer

## **Frauen und Armut**

Armutsforschung war immer ein heikles Unterfangen und bis zur Einbindung Österreichs in die europäischen Erhebungsverfahren - ECHP und EU-SILC - war es äußerst schwierig, valide Informationen über Ausmaß von Armutsgefährdung und Betroffenheit von Risikogruppen zu geben. Wir waren auf Schätzungen angewiesen oder auf spärliche nationale Studien, die einen internationalen Vergleich nicht ermöglichten.

Mittlerweile wissen wir, dass europaweit 80 Millionen Menschen von Armut bedroht sind, dies entspricht einer Armutsgefährdungsquote zwischen 16% und 17%. Erfreulicherweise zählt Österreich zu jener Ländergruppe mit den niedrigsten Armutsgefährdungsquoten.<sup>1</sup> Dennoch bedeutet dies, dass hierzulande in etwa eine Million Menschen armutsgefährdet sind. Einem besonders hohen Risiko sind MigrantInnen, Einelternhaushalte, ältere Menschen sowie arbeitslose Personen, insbesondere bei Langzeitarbeitslosigkeit, ausgesetzt.

Was wir mittlerweile auch schwarz auf weiß haben: Frauen in der Europäischen Union leben mit einer statistisch größeren Wahrscheinlichkeit in Armutsgefährdung als Männer. Aktuelle Zahlen dazu: EU-weit sind 17% Frauen armutsgefährdet, der vergleichbare Anteil von Männern liegt bei 15%. Es zeigt sich bei den frauenspezifischen Quoten - ebenso wie bei der nationalen Armutsgefährdungsquote - eine große Bandbreite. Neben Ländern wie z.B. Schweden und Dänemark, in denen keine geschlechtsspezifische Armutsgefährdung vorliegt, sind beispielsweise in Ungarn, Polen und Finnland Männer mit einem höheren Armutsrisiko konfrontiert. Österreich zählt zu der unrühmlichen Gruppe jener 16 EU-Länder, die ein erhöhtes frauenspezifisches Armutsgefährdungsrisiko aufweisen.

Die 2010 vom Sozialministerium publizierten österreichischen Daten zur EU-SILC-Auswertung verdeutlichen dies, insbesondere wenn man sich die Gesamtschau der Jahre 2004 bis 2008 vor Augen führt. Die Armutsgefährdungsquote liegt für diese Jahre für Männer bei 11%, für Frauen bei 14%. Frauen tragen demnach ein um ein Viertel höheres Verarmungsrisiko.

Besonders betroffen sind Einelternhaushalte, sprich Alleinerzieherinnen (28%), alleinlebende Frauen in Haushalten mit Pension (25%), alleinlebende Frauen in Haushalten ohne Pension (22%) sowie Frauen über 65 Jahre. Die höhere Armutsgefährdung von Frauen setzt sich in allen Altersklassen, in allen Haushaltsformen und Lebenslagen fort. Vor allem bei Haushalten

---

<sup>1</sup> Voran ist hier Tschechien mit 9%, Niederlande 11% und Österreich, Dänemark, Schweden, Ungarn und Slowenien mit 12%. Die höchsten Quoten haben Lettland (26%), Rumänien (23%), Bulgarien (21%), aber auch Griechenland, Spanien und Litauen (20%) und Großbritannien (19%).

mit Pensionen zeigt sich ein eklatanter geschlechtsspezifischer Unterschied: 11% Armutsgefährdung bei Männern stehen 25% bei Frauen gegenüber.

Sozialstaatliche Leistungen in Österreich federn Armutslagen ab, sie wirken unterstützend und armutslindernd. Um nur zwei Beispiele dazu zu nennen: Ohne monetäre Sozialtransfers würden Alleinerzieherinnen ein doppelt so hohes Armutsrisiko tragen, für Haushalte mit Kleinkindern wäre das Armutsgefährdungsrisiko gar dreimal so hoch. Sozialleistungen schützen eben nicht vor der „gender division of welfare“, die sich neben der höheren weiblichen Betroffenheit von Armut auch an den durchschnittlichen Sozialleistungen für Frauen festmachen lässt: In der Arbeitslosenversicherung liegen die Leistungen um ca. ein Fünftel, in der Pensionsversicherung sogar um 40% unter jenen für Männer. Es ist daher wenig verwunderlich, dass zwei Drittel aller, deren geringe Pension die Inanspruchnahme einer Ausgleichszulage erfordert, weiblich sind.

Sozialleistungen sind primär am Erwerbseinkommen orientiert. Da Frauenerwerbstätigkeit mit Hausarbeit und Carework vereinbart werden muss, - etwa zwei Drittel dieser unentgeltlichen Arbeit wird vom weiblichen Geschlecht erbracht - unterscheiden sich männliche und weibliche Erwerbsbiographien. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen liegt zwar mittlerweile mit fast 70% auf einem historisch hohen Niveau und hinkt nur mehr um einige Prozentpunkte jener von Männern hinterher. Frauen wagen den Spagat von familiären Anforderungen und Arbeitsmarkt, auch bei deutlich schlechteren Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit als in anderen europäischen Ländern.<sup>2</sup> Insofern ist es wenig erstaunlich, dass die Ausweitung der Frauenerwerbstätigkeit in erster Linie in der Zunahme von Teilzeitbeschäftigung begründet liegt: 4 von 10 unselbständig erwerbstätigen Frauen sind in Teilzeitjobs tätig, zum Teil geringfügig, atypisch und prekär. Frauen arbeiten zudem in Branchen (z.B. Handel, Büro und im niedrig bezahlten Dienstleistungssegment), die schlecht(er) entlohnt werden. Die Gender-Pay-Gap-Quote, welche Einkommensunterschiede anhand des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes von Frauen und Männern misst, ist in Österreich (2008) neben Estland und Tschechien am höchsten und beträgt hierzulande 25,5%. Bezogen auf das jährliche gesamte Lohneinkommen ist der Unterschied, bedingt durch Teilzeit und atypische Beschäftigungsformen, noch wesentlich höher, unselbständig erwerbstätige österreichische Frauen verdienten 2008 um mehr als 40% weniger als Männer.

Dieses reale Lohngefälle zwischen den Geschlechtern wirkt wiederum negativ auf die Gleichstellung von Frauen zurück. Es bewirkt eine Verfestigung der vergeschlechtlichten Arbeitsteilung und der Segregation am Arbeitsmarkt. Nach dem „Global Gender Gap Report

---

<sup>2</sup> Während ein recht passabler Versorgungsgrad bei der Betreuung von Kindern über 3 Jahre vorliegt, zählt Österreich bei der Bereitstellung von Betreuungsplätzen für unter 3-Jährige „zu den Sorgenkindern“ im OECD-Vergleich. Dänemark hat beispielsweise eine Betreuungsquote von 62%, Frankreich von 23%. Der Vergleichswert für Österreich liegt bei 11%.

2009“ des Weltwirtschaftsforums, der die Indikatoren Bildung, Gesundheit, politische und wirtschaftliche Teilhabe heranzieht, hinkt Österreich bei der Gleichstellung von Frauen, insbesondere bei der wirtschaftlichen Integration, nicht nur weiter hinterher, sondern büßt zunehmend Plätze im Länderranking ein.

Was braucht es, um Armutsgefährdung von Frauen zu reduzieren? Was braucht es, um die Trennung von unbezahlter Frauenarbeit und deren Implikationen für den Arbeitsmarkt und Männerarbeit aufzuweichen? Wie ist geschlechtsspezifische Segregation am Arbeitsmarkt zu überwinden?

Es gibt eine Fülle von punktuellen Maßnahmen, die nicht alleine, aber im Sinne eines Puzzles einen Beitrag dazu leisten können. Die neuen flexiblen Varianten zum Kinderbetreuungsgeld (KBG) können zum einen Anreize zur erhöhten Väterbeteiligung schaffen, zum anderen zu einer kürzeren Verweildauer von Frauen in der Kinderbetreuung führen. Voraussetzung dafür ist der zügige Ausbau - quantitativ wie qualitativ – von adäquaten Betreuungseinrichtungen. Es soll aber nicht unerwähnt bleiben, dass auch zu befürchten ist, dass für armutsgefährdete Frauen und Familien die Umwandlung des Zuschusses zum KBG in eine Beihilfe von maximal einem Jahr zur Armutsfalle werden kann. Zudem ist zu erwarten, dass die letzte(n) Pensionsreform(en) – sofern sich die Rahmenbedingungen für Frauenerwerbstätigkeit nicht rapide verändern - Altersarmut von Frauen produzieren, zumindest sehenden Auges in Kauf nehmen.

Generell ist danach zu trachten, dass sozial- und familienpolitische Maßnahmen sich nicht an einer traditionell-konservativen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern orientieren, sondern dazu beitragen, die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern. Letztlich werden wir nicht umhin können, eine geschlechtergerechte Umverteilung von der bezahlten erwerbsförmig organisierten Arbeit und der unbezahlten Arbeit im Familienverband zu erreichen. Hier sind alle gefordert, Männer wie Frauen, Betriebe, Sozialpartner, Politik und Sozialstaat. Gesellschafts- und sozialpolitisch ist es geboten, Rahmenbedingungen zu schaffen, die reguläre Erwerbstätigkeit und soziale Sicherheit für Frauen und Männer gleichermaßen gewährleisten. Es geht nicht an, dass der gesamtgesellschaftliche Wohlstand – auf Kosten und zu Lasten der Frauen produziert – vielen Frauen letztlich vorenthalten wird.

Zum Weiterlesen:

BMASK – Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2010): Armutsgefährdung in Österreich. Wien

Eurostat (2008): Das Leben von Frauen und Männern in Europa. Ein statistisches Portrait. Luxemburg

Stelzer-Orthofer C./ Schmidleithner I. / Rolzhauser-Kantner (Hg)(2008): A typisch(e) Frauenarbeit: Zwischen Wischmopp und Laptop. Frauenerwerbstätigkeit und Prekarität. Wien

World Economic Form (2009): The Global Gender Gap Report 2009. Genf